



Rede von
Minister Ralf Jäger MdL
anlässlich einer Veranstaltung der Felix Fechenbach Stiftung
"Aktiv gegen Rechtsextremismus früher und heute"
am 24. Juni 2013
in Detmold

— Es gilt das gesprochene Wort —

Anrede,

wo stehen wir nach 80 Jahren?

80 Jahre ist es her, als Otto Wels eine der wichtigsten Reden aller Zeiten in Deutschland gehalten hat.

Er stellte sich nicht nur aktiv gegen Hitler und den Nationalsozialismus, sondern auch gegen alle übrigen Fraktionen im Reichstag. Mit Ausnahme der 94 Sozialdemokraten, die er in seinem Rücken wusste.

"Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten."

Das waren seine Worte, an diesem Wendepunkt der deutschen Geschichte. Was darauf folgte, wissen Sie alle.

Anrede,

das Jahr 1933 war der Beginn davon, jede Form der Demokratie zu vernichten. Das war das Ziel der Nationalsozialisten, und das haben sie auch erreicht.

Doch die Regierung unter Hitler hat sich damit nicht zufrieden gegeben. Sie wollte auch Menschen

vernichten. Einer dieser Menschen war Felix Fechenbach.

Ebenso wie Otto Wels war er durch und durch Sozialdemokrat. Beide zeichnete aus, dass sie aktiven Widerstand leisteten. Der Preis, den Felix Fechenbach dafür bezahlen musste, war sein Leben.

Anrede,

"Neger haben Intelligenzquotienten, der liegt vom schwachsinnigen Deutschen bis zum Normaldeutschen"

(Jürger Rieger, stellv. Parteivorsitzender, inzw. verstorben)

"Europa ist das Land der weißen Rasse und es soll es auch bleiben"

(Udo Pastörs, stellv. Bundesvorsitzender und Abgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern)

Das sind keine Zitate aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Das sind Sätze, die in den letzten Jahren gefallen sind. Und zwar nicht im stillen Kämmerlein, nicht hinter verschlossenen Türen. Sie sind in frei zugänglichen NPD-Publikationen so formuliert worden.

Heißt das, wir sind in 80 Jahren keinen Schritt weiter gekommen?

Nein, das heißt es nicht.

Wir haben viele Möglichkeiten, gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Viel mehr als vor 80 Jahren. Und heute wissen wir alle, welches schreckliche Potenzial in rechten Ansichten steckt.

Trotzdem heißt das nicht, dass wir uns zurücklehnen dürfen, und den Rechtsextremismus in seiner heutigen Form unterschätzen dürfen.

Ganz im Gegenteil: wir müssen umso mehr dafür sorgen, rechtsextremistische Tendenzen zu erkennen und dann auch möglichst im Keim zu ersticken.

Anrede,

welche Mittel haben wir, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen?

Ein wichtiges Instrument und eine der größten Errungenschaften der Bundesrepublik ist unser **Grundgesetz**.

Die Würde des Menschen. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person.

Diese Werte halten unsere Gesellschaft zusammen. Sie sind der Inbegriff einer wertgebundenen Demokratie.

Das Grundgesetz ist in dieser Hinsicht ein Schutzschild für ein Zusammenleben in Freiheit und Frieden. Es gibt uns die Werkzeuge an die Hand, mit denen wir diese Werte aktiv verteidigen können.

Aber, das muss uns allen klar sein:

Wir müssen diese Werkzeuge auch benutzen. Sonst ist eine Verfassung, so wichtig sie auch ist, nicht mehr als ein bedrucktes Blatt Papier.

Ein Instrument, das wir benutzen können, ist das **Verbot von verfassungswidrigen Parteien**.

Ich will gar nicht mehr viele Worte über das **NPD-Verbotsverfahren** verlieren. Ich glaube, Sie alle kennen meine Meinung, und die hat sich nicht geändert.

Nur so viel:

Jeder Minister, egal ob auf Landes- oder Bundesebene, hat einen Eid auf unser Grundgesetz abgelegt.

Wir haben geschworen, alles in unserer Macht stehende zu tun, um die essenziellen Werte unserer Demokratie zu schützen.

Mein Eindruck ist:

Die Bundesregierung hat nicht nur ein wichtiges Signal verpasst, den Bürgerinnen und Bürgern zu beweisen, dass dieser Eid mehr ist als laue Worte.

Es war vor allem die Art und Weise, wie dort argumentiert wurde, die mich wütend macht.

Deutschland hat schon einmal den Fehler gemacht, rechte Tendenzen zu unterschätzen. Das darf

uns nicht noch einmal passieren.

Ich meine, wir dürfen die Gefahr von Parteien, Vereinen oder Kameradschaften nicht an Mitgliedszahlen messen, sondern müssen den konkreten Einfluss auf unsere Gesellschaft betrachten.

Dann kommen wir zu dem Schluss:

Verdeckte, unterschwellige Formen von rechtem Gedankengut gibt es überall, in allen Schichten und Milieus.

Am Stammtisch, im Café oder beim Frisör. Und im Internet.

Nach Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung haben über 20% der Bevölkerung eine ausländerfeindliche Gesinnung.

Anrede,

deshalb müssen wir uns alle, Behörden wie Zivilgesellschaft, breit aufstellen, damit aus Vorurteilen kein Hass, damit aus Hass keine Gewalt entsteht.

Das Stichwort lautet **Prävention** – wir müssen schon in den Schulen damit anfangen, Jugendliche an demokratische Werte heranzuführen und für rechtsextremistische Propaganda zu sensibilisieren.

Wir müssen auf jugendgerechte Weise vermitteln, wo Rassismus beginnt und wohin er führen kann.

Hier gerät der Staat, das gebe ich offen zu, irgendwann an seine Grenzen.

Gerade in jungen Jahren sind die Eltern, das familiäre Umfeld, neben der Schule besonders gefragt, wichtige Werte zu vermitteln:

Respekt. Fairness. Toleranz. Offenheit.

Wir alle müssen über diese Werte nicht nur reden, sondern sie auch aktiv vorleben. Wir sind als Akteure der Zivilgesellschaft immer auch selbst gefragt, Zeichen zu setzen, Vorbilder zu sein.

Prävention ist ein ganz wichtiger Baustein, wenn wir verhindern wollen, dass Jugendliche in die rechte Szene abgleiten.

Wir müssen uns aber ebenso um die Menschen kümmern, die den falschen Weg bereits eingeschlagen haben.

Es gibt Menschen, die irgendwann feststellen: so kann es nicht weitergehen, ich will hier raus.

Die irgendwann zweifeln, aber nicht wissen, wie sie den Absprung schaffen sollen. Weil sie zu tief drin stecken. Weil sie von ihren Kameraden abhängig sind. Oder weil sie einfach Angst haben.

Diesen Menschen müssen wir als Staat einen Ausweg bieten. Wir müssen genau diese Menschen zurückholen in unsere Gesellschaft.

Das **Aussteigerprogramm**, das wir in NRW anbieten, ist genau dazu da. Und so gefragt wie nie zuvor:

2012 hat sich die Zahl der Neuzugänge gegenüber dem Vorjahr verdoppelt, rund vierzig Personen werden aktuell im Programm betreut.

Jede Person, die wir aus dem braunen Sumpf herausgeholt haben, ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft, begeht zu fast 90 % keine Straftaten mehr, fügt deshalb kein Leid mehr zu und ist ein Schlag ins Kontor der Rechtsextremisten.

Anrede,

Prävention ist wichtig und wertvoll, aber nur ein Baustein von vielen. Unser **8-Punkte-Programm** in NRW geht noch weiter.

Es beinhaltet auch **repressive** Maßnahmen, die wir konsequent umsetzen.

Ein Baustein, der immer wieder kontrovers diskutiert wird, sind **Vereinsverbote**. Hier wird häufig entgegengesetzt: "Verbote ändern keine Menschen. Die Gesinnung bleibt."

Ich kann diesen Gedanken verstehen, teile diese Einschätzung aber nicht in ihrer Absolutheit: Natürlich sind Vereinsverbote in erster Linie dazu da, bestehende Strukturen, Netzwerke zu zerschlagen.

Mit einem Verbot reißen wir den Vereinigungen auf einen Schlag den wirtschaftlichen Boden unter den Füßen weg.

Wir sammeln Beweise und stellen Waffen sicher. Dadurch können wir rechtsextreme Versammlungen – wie danach in Dortmund und in Stolberg geschehen – leichter verhindern. Das ist der Hauptzweck von Verboten.

Die Meinung, dass Vereinsverbote keine Gesinnungen ändern können, teile ich übrigens nicht. Der ständige Druck hat die rechtsextremistische Szene verunsichert. Ein Teil der Szene zieht sich daraus zurück. Ein anderer Teil wendet sich an unser Aussteigerprogramm.

Dies zeigt: Prävention und Repression müssen miteinander einhergehen.

Und die unbelehrbaren Nazis, die sich z. B. hinter dem Schutzschild des Parteienprivilegs in die Partei DIE RECHTE verkriechen, denen werden wir auch zukünftig bei jeder sich rechtlich bietenden Gelegenheit auf Füße treten.

Anrede,

ich habe Ihnen jetzt viel von dem erzählt, was der Staat tun kann und auch schon umsetzt.

Ich habe es aber vorhin schon kurz anklingen lassen: der Arm des Staates reicht weit, aber oft nicht weit genug.

Deshalb ist die Rolle von Ihnen allen, unseren **Bürgerinnen und Bürgern**, so wichtig.

Sie sind gefragt, unser Grundgesetz aktiv zu verteidigen.

Ich habe es bereits angesprochen: es gibt diese unterschwelligen Vorurteile: Türken-Witze zum Beispiel. Ein lockerer Spruch unter Freunden ist schnell gesagt.

Ich finde, wir alle sind aufgerufen, an solchen Stellen zu sagen: Stopp, das geht zu weit!
Wichtig ist, dass aus der Mitte der Gesellschaft Signale gesetzt werden.

Zum Beispiel friedliche Gegendemos, wenn Nazi-Aufmärsche angekündigt werden.

Das ist mittlerweile fast immer der Fall. Die Anzahl der Menschen, die sich offen und aktiv gegen

Rechts stellen, ist hoch, oft viel höher als die der Nazis.

Da geht mir als Sozialdemokrat das Herz auf.

Was mich ebenfalls freut: In unserem täglichen Miteinander spielt es in vielen Fällen überhaupt keine Rolle mehr, ob unser Gegenüber einen Migrationshintergrund hat oder nicht.

Ich wünsche mir, dass sich diese Entwicklung fortsetzt.

Wir dürfen eine Zuwanderungsgeschichte nicht als Hürde, sondern müssen sie als Chance begreifen. Als einen Gewinn für unsere Gesellschaft.

Ein Beispiel aus der Praxis, von unserer Polizei in Nordrhein-Westfalen:

Vor einigen Jahren hatten 7 % der Kommissaranwärterinnen und -anwärter einen Zuwanderungshintergrund. Im aktuellen Jahrgang sind es schon knapp 12 %.

Das sind erfreuliche Zahlen, keine Frage, aber da ist mit Sicherheit noch Luft nach oben vorhanden.

Ich wünsche mir, dass wir den Weg hin zu einer Willkommenskultur weiter gemeinsam gehen. Nicht nur bei unserer Polizei, nicht nur im gesamten öffentlichen Dienst, sondern in allen Bereichen.

Denn genau das ist der Weg in eine Gesellschaft, in der rechte Parolen irgendwann auf taube Ohren treffen werden. In der die braune Saat auf unfruchtbaren Boden fällt.

Und es ist der eine Weg, den wir alle, Staat und Volk, gemeinsam gehen können und müssen.

Anrede,

wo stehen wir also nach 80 Jahren? Was hat sich verändert?

Ich glaube, wir haben jetzt mehr Mittel und bessere Chancen, um den Rechtsextremismus zukünftig ganz aus unserer Gesellschaft zu verdrängen.

Diese Chancen müssen wir nutzen.

Herzlichen Dank.